VLW
KOMPAKT
AUGUST 2025

VLW FORDERT GESETZLICHE REGELN FÜR PRIVATE HANDYNUTZUNG AN SCHULEN

GESPRÄCHSAUFTAKT
VLW und vlbs folgen der Einladung des neuen Bildungsministers Sven Teuber

REVOLUTION ODER RISIKO?
KI & Co. im Fokus auf VLW-Tag der Kaufmännischen Schule in Alzey

IN DIESER AUSGABE ...

AUGUST 2025

VLW Position
HANDYS AN SCHULEN

AMTSANTRITT
Im Gespräch mit Bildungsminister Sven Teuber

WELT DES GELDES
Bezirk Koblenz besucht Bundesbank-Filiale

03 TUE GUTES UND SCHREIBE DARÜBER
Editorial

04 VLW FORDERT GESETZLICHE REGELN FÜR PRIVATE HANDYNUTZUNG AN SCHULEN

06 UMFRAGE-ERGEBNISSE
Lehrkräfte zur privaten Handynutzung an Schulen

08 WIEVIEL DIGITALITÄT IN DER BILDUNG?
Kommentar des Landesvorsitzenden

09 STANDPUNKT
Zwei Meinungen zum landesweiten Handyverbot an Schulen

10 PERSONALRATSWAHLEN 2025
VLW und vlbs mit starkem Ergebnis

12 IM GESPRÄCH
„Eher Schulalltag als Schul-Show" – VLW und vlbs zum Kennenlerngespräch bei Bildungsminister Sven Teuber

14 ÜBERGANGSYSTEM IN DER DISKUSSION
KMK legt Gutachten für den erfolgreichen Übergang in die berufliche Ausbildung vor

16 INITIATIVE FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT GIBT AUCH EMPFEHLUNGEN FÜR DEN BILDUNGSBEREICH

18 ÖFFENTLICHER DIENST DER LÄNDER
Neue Tarifrunde steht bevor

20 KI & CO. – REVOLUTION ODER RISIKO?
VLW-Tag der Kaufmännischen Schule in Alzey

24 VLW-KLAUSURTAGUNG 2025
Zukunft gestalten, Herausforderungen annehmen

25 ERFOLGREICHE ONLINE-SCHULUNG FÜR NEUE ÖPR-MITGLIEDER
Starker Auftakt für die Personalratsarbeit

26 AUS DEN BEZIRKEN
Rheinhessen: Dr. Sigrid Lüdecke-Plümer in den Ruhestand verabschiedet
Koblenz: Einblick in die Welt des Geldes: Fortbildung in der Bundesbank-Filiale Koblenz

26 IMPRESSUM

TUE GUTES UND SCHREIBE DARÜBER

Falls Sie mir oder uns noch etwas mitteilen wollen, freuen wir uns wie gewohnt auf Ihre Nachricht unter redaktion@vlw-rlp.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit Fug und Recht kann die Mitgliederzeitschrift als das wichtigste Medium eines Berufsverbandes bezeichnet werden. Diese wird nicht nur von den Mitgliedern, sondern von allen bildungspolitischen Akteuren, meist mit Interesse, gelesen. Wir zeigen darin auf, was uns bewegt, insbesondere wo uns der Schuh drückt und wo wir auf Verbesserungen drängen. Durch die Verbreitung unserer Zeitschrift, die übrigens als Sammlung im PDF-Format auf unserer Website verfügbar ist und auch in der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt archiviert wird, veröffentlichen wir unsere Positionen in der Hoffnung, dass sie ihre gewünschte Wirkung entfalten. Das gelingt nicht immer, aber im Sinne vom steten Tropfen, der den Stein höhlt, konnten wir im Laufe der Jahre und Jahrzehnte schon manches dicke Brett durchbohren. Als Beispiele möchte ich die digitale Ausstattung unserer Schulen und die Erweiterung der Schulsozialarbeit nennen. Dass an vielen Ecken und Enden noch Luft nach oben ist, kann man auch dieser Ausgabe des VLW kompakt entnehmen.

Gleichzeitig möchte ich mich mit diesem Heft nach knapp fünf Jahren aus der Redaktionsleitung verabschieden. Als Referent für Öffentlichkeitsarbeit ist bereits im November 2024 Mario Passannante von den Landesdelegierten gewählt worden. Unterstützt wird er dabei vom ebenfalls neugewählten Vorstandsmitglied Christian Flory, der im VLW für den Bereich Schul- und Bildungspolitik verantwortlich ist. Nach sehr guten gemeinsamen Monaten in der Redaktion übergebe ich mit Beginn des neuen Schuljahres die Leitung mit gutem Gefühl in die neuen Hände. Für die Herausforderungen, die sich in einer Zeit des immer schnelleren Wandels stellen, wünsche ich den beiden und dem gesamten VLW-Team viel Freude und Erfolg.

Bei Ihnen, werte Leserinnen und Leser, möchte ich mich bedanken. Für das positive Feedback genauso wie für die kritischen Zuschriften. Mein besonderer Dank gilt Uwe Herrmann, der nicht nur die Titelseiten des VLW kompakt seit vielen Jahren illustriert, sondern auch darüber hinaus in einer Vielzahl von Karikaturen unsere Forderungen in kreativer Weise veranschaulicht. Ebenso hat mir die Zusammenarbeit mit unserer Grafikerin Daniela Boudgoust von der Werbeagentur Gestaltungsfreunde viel Freude bereitet. Mit ihren kreativen Ideen und ihrem Knowhow sorgt sie für das professionelle Erscheinungsbild des VLW kompakt. Mein persönlicher Dank gilt Michael Lutz, der mir in der Redaktion, wie bereits zuvor im Hauptpersonalrat, jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stand. Ebenso danke ich Heinz Werner Seyler, der sich als Website-Designer und -Administrator in einer Person seit vielen Jahren um die gestalterische und technische Seite unserer digitalen Publikationen, insbesondere auch des VLW-Newsletters, kümmert. Und ich danke unserem ehemaligen Schatzmeister Jürgen Hatzfeld, der sich jederzeit engagiert und zuverlässig um die finanzielle Seite des Verbandes und damit auch um den relativ großen Posten der Öffentlichkeitsarbeit gekümmert hat. Nicht minder danke ich unserem Landesvorsitzenden Dirk Mettler und allen anderen Vorstandskolleginnen und -kollegen, für ihre Beiträge sowie für die konstruktive Kritik und Geduld in ihrer Rolle als Lektoren und Korrekturleser für die Entwurfsfassungen unserer Artikel.

Die aktuelle Ausgabe des VLW kompakt halten Sie nun entweder in Ihren Händen oder Sie lesen sie als PDF-Fassung an Ihrem digitalen Endgerät. Wie auch immer, wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre zu einer Vielzahl aktueller Themen.

Zum Abschied winke ich mit dieser Ausgabe und wünsche Ihnen für das neue Schuljahr und darüber hinaus alles Gute!

Ihr Karl-Heinz Fuß

Das VLW kompakt ist aus den beiden Zeitschriften „Die Wirtschaftsschule“ und „VLW forum“ hervorgegangen und zum ersten Mal im Jahr 2010 erschienen. Das Foto zeigt die Entwicklung des Layouts in den vergangenen 20 Jahren. Sie finden alle Ausgaben des VLW kompakt auf unserer Website unter www.vlw-rlp.de/publikationen/vlw-kompakt/

VLW-POSITION:

VLW FORDERT GESETZLICHE REGELN FÜR PRIVATE HANDY-NUTZUNG AN SCHULEN

Weshalb verlassen so viele Schülerinnen und Schüler unsere Schulen ohne Abschluss? Warum gibt es so viele junge Menschen in der Altersgruppe 17–30 Jahre ohne Berufsausbildung?[1] Und warum lernen an unseren Schulen immer mehr Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Grundkenntnisse und Schlüsselqualifikationen? Die Zahlen machen es deutlich: Deutschland befindet sich in einer Bildungskrise. Die Suche nach den Antworten ist nicht ganz so einfach, sondern vielmehr ist es eine Reihe von Ursachen, die zu dieser Entwicklung geführt hat. Neben offensichtlichen Gründen, etwa der verstärkten Zuwanderung von Flüchtenden seit dem Jahr 2015, die aufgrund sprachlicher Barrieren in beträchtlicher Zahl nicht die gewünschten Bildungsstandards erreichen, hat auch die Corona-Pandemie dazu geführt, dass ein Teil unserer Kinder und Jugendlichen die Bildungsziele verfehlt hat. Trotz der hohen Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, die insbesondere durch die Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen ermöglicht wird, stagniert die Zahl der abgeschlossenen Berufsausbildungen oder ist sogar rückläufig.

Dr. med. Alexander Jatzko hat bereits im Jahr 2019 beim „VLW-Tag der kaufmännischen Schule“ in Mainz auf die Wirkung digitaler Medien auf das menschliche Gehirn hingewiesen. Der damalige Chefarzt der Klink für Psychosomatik im Westpfalz-Klinikum Kaiserslautern zeigte überzeugend, wie sich insbesondere die Nutzung von Handys aus neurobiologischer Sicht auf unsere Kinder und Jugendlichen auswirkt. Was er damals schon an negativen Folgen prognostizierte, ist zwischenzeitlich an unseren Schulen offensichtlich. Viele Schülerinnen und Schülern haben zunehmend Schwierigkeiten, sich auf den Unterricht zu konzentrieren. Einige sind so müde, dass sie sogar während des Unterrichts einschlafen. Wenn man sie darauf anspricht, ist die Antwort oftmals, dass sie bis spät in die Nacht online waren, meist in Videospielen oder in den sozialen Medien. Hausaufgaben werden nur noch von einem Teil der Schülerinnen und Schüler zuverlässig erledigt. Je mehr Zeit Jugendliche mit digitalen Medien verbringen, desto weniger bleibt offenbar fürs Lernen außerhalb der Schule. Wie die aktuell veröffentlichte OECD-Studie belegt, verbringen 15-Jährige in Deutschland bis zu 48 Stunden wöchentlich, also fast sieben Stunden täglich, am Bildschirm.[2] Davon dient jedoch nur ein geringer Anteil zum Lernen. Sportlehrerinnen und -lehrer berichten von einer

zunehmenden Unwilligkeit, insbesondere von Mädchen, sich am Sportunterricht zu beteiligen.

Wir stecken in einem Dilemma. Wir verdanken den digitalen Medien, die längst Teil unserer Welt und Realität geworden sind, einen Zuwachs an Produktivität, Wohlstand und Lebensqualität. Gleichzeitig bringen sie jedoch viele negative Einflüsse mit sich, vor denen wir insbesondere unsere Kinder und Jugendliche schützen sollten. Fake-News gefährden unsere Demokratie. Nicht altersgerechte Inhalte, der Einfluss sozialer Medien sowie übermäßige Bildschirmzeiten beeinträchtigen zudem die psychische und physische Gesundheit junger Menschen.

Durch das zunächst in Dänemark beschlossene Handyverbot an Schulen, dem zwischenzeitlich einige Bundesländer gefolgt sind, ist die Diskussion eines Handyverbots auch in Rheinland-Pfalz in den Fokus gerückt. Der VLW hat deshalb eine landesweite Umfrage unter seinen Mitgliedern, allesamt aktive Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen (BBS), durchgeführt. Die erstaunlich hohe Beteiligung von 40 Prozent der Befragten macht die Bedeutung des Themas deutlich.

Die Umfrage hat ergeben, dass die Verwendung von Handys im Unterricht von etwa der Hälfte der Lehrkräfte als Bereicherung empfunden wird. Es zeigt sich jedoch auch, dass ein sehr hoher Anteil der Lehrkräfte (87 %) die private Nutzung von Handys im Unterricht durch Schülerinnen und Schüler bestätigt. Diese private Nutzung führt laut 78 Prozent der Lehrkräfte des Öfteren zu Störungen. Das empfohlene Einsammeln von Handys zu Beginn der Stunde wird von 62 Prozent der Befragten als mühsam empfunden. Dennoch sind lediglich 26 Prozent für ein generelles Handyverbot an BBSn. Ein Anteil von 51 Prozent spricht sich dafür aus, dass private Geräte während des Unterrichts ausgeschaltet bleiben.

Bezüglich der Regelung der Nutzung von Handys an BBS sind 58 Prozent der Meinung, dass es eine solche landesweit einheitlich geben sollte. 22 Prozent benennen die Hausordnung einer Schule als die passende Stelle für eine Regelung. Immerhin 19 Prozent sind der Meinung, dass die einzelne Lehrkraft die Regeln für ihren Unterricht grundsätzlich selbst bestimmt.

Der VLW Rheinland-Pfalz erhebt die folgenden Forderungen:

- Die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler muss fortlaufend geschult werden. Ein Fernhalten von digitalen Medien lehnt der VLW ab, da digitale Kompetenzen inzwischen in nahezu jedem Beruf erforderlich sind.
- Digitale Geräte, wie Smartphones, Smartwatches, Tablets, etc. sind auch aus der Berufswelt nicht mehr wegzudenken. Die Anwendungen werden mit Blick auf die Entwicklung künstlicher Intelligenz erwartungsgemäß weiterhin stark zulegen. Ein generelles Verbot digitaler Endgeräte lehnt der VLW deshalb für berufsbildende Schulen ab.
- Aufgrund der ohnehin hohen Bildschirmzeiten und der Ablenkung durch Inhalte, die für das Lernen und für den Unterricht nicht förderlich sind, ist die private Nutzung von digitalen Endgeräten während des Unterrichts grundsätzlich zu verbieten.
- Das Land soll einen gesetzlichen Rahmen für die Nutzung digitaler Endgeräte an Schulen schaffen. Dieser bietet die Basis für eine schulinterne Regelung, die entweder durch die Hausordnung oder eine Nutzungsordnung erfolgen kann. Eine solche landesweite Regelung soll den Schulen Rückhalt bei der Durchsetzung des Verbotes der privaten Nutzung von digitalen Endgeräten im Unterricht bieten.

ZU DEN UMFRAGE-ERGEBNISSEN >>

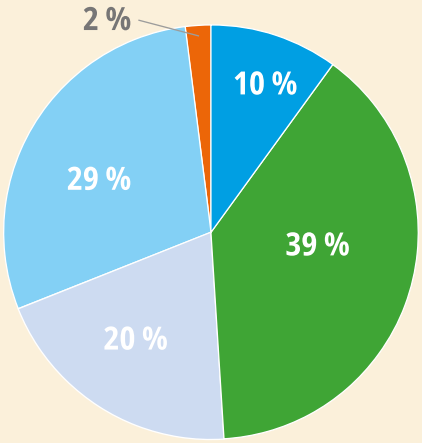
[1] DIPF Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation: Nationaler Bildungsbericht 2024

[2] ZDF heute vom 15.05.2025: OECD-Studie warnt – Was überhöhter Medienkonsum mit Kindern macht.

Foto: AdobeStock

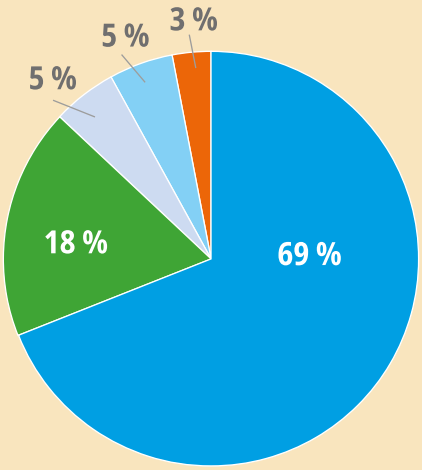
UMFRAGE-ERGEBNISSE:

HANDYS BEREICHERN DEN UNTERRICHT, DA SIE SICH GUT IM UNTERRICHT, Z.B. FÜR INTERNET-RECHERCHEN, NUTZEN LASSEN



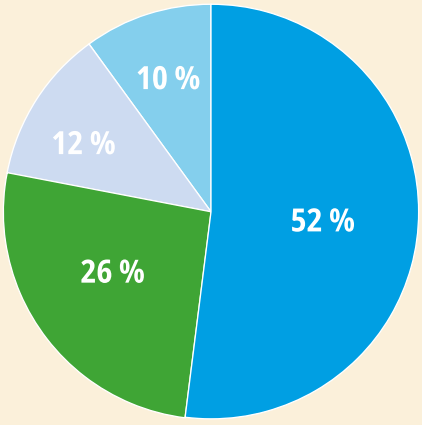
10 % Stimme voll zu
39 % Stimme eher zu
20 % Stimme eher nicht zu
29 % Stimme nicht zu
2 % Keine Antwort

MEINE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER NUTZEN DIE HANDYS WÄHREND DES UNTERRICHTS AUCH FÜR PRIVATE ZWECKE



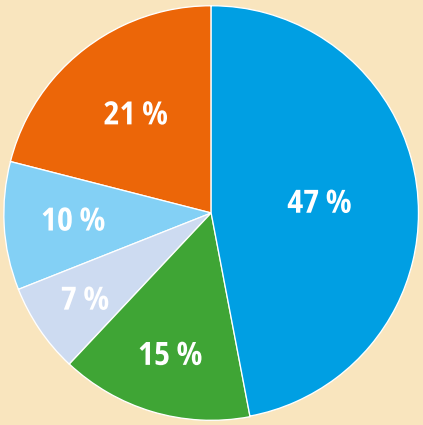
69 % Stimme voll zu
18 % Stimme eher zu
5 % Stimme eher nicht zu
5 % Stimme nicht zu
3 % Keine Antwort

MEIN UNTERRICHT WIRD DES ÖFTEREN DURCH DIE PRIVATE NUTZUNG VON HANDYS GESTÖRT



52 % Stimme voll zu
26 % Stimme eher zu
12 % Stimme eher nicht zu
10 % Stimme nicht zu

DAS EINSAMMELN DER HANDYS ZU BEGINN DER STUNDE ERLEBE ICH ALS MÜHSAM



47 % Stimme voll zu

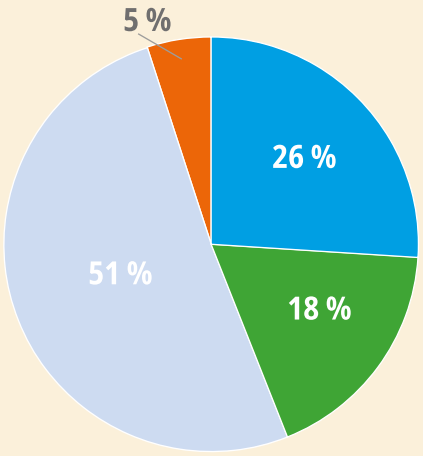
15 % Stimme eher zu

7 % Stimme eher nicht zu

10 % Stimme nicht zu

21 % Keine Antwort

WIE IST IHRE MEINUNG ZUR HANDYNUTZUNG AN BBSN?



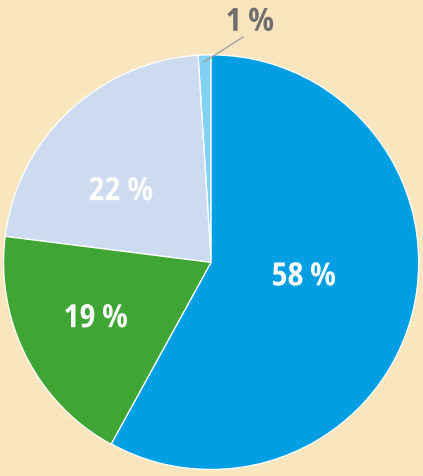
26 % Ich bin für ein generelles Handy-nutzungsverbot auf dem Gelände einer BBS

18 % Ich bin generell gegen ein Verbot der Handynutzung an einer BBS

51 % Das private Handy sollte während den Unterrichtszeiten ausgeschaltet sein

5 % Ich habe mir dazu noch keine Meinung gebildet

WER SOLLTE DIE HANDYNUTZUNG REGELN?



58 % Die Handynutzung sollte vom Land einheitlich für alle BBSn gesetzlich geregelt werden

19 % Die einzelne Lehrkraft regelt die Handynutzung in ihrem Unterricht grundsätzlich selbst

22 % Die Regelungen zur Handynutzung sollten von Schule zu Schule in der Haus-ordnung geregelt werden

1 % Es sollten keine Regelungen zur Handynutzung erfolgen

Umfrage des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen in Rheinland-Pfalz e.V. zur Nutzung von Handys an BBSn – Mai 2025

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN:

WIEVEL DIGITALITÄT IN DER BILDUNG?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie digital muss Bildung sein? Kaum eine andere Frage beschäftigt derzeit die bildungspolitischen Diskussionen wie jene um das rechte Maß an Digitalität in der Bildung. Nachdem die technische Entwicklung auch in den Schulen Einzug gehalten hat und mittlerweile Smartboards und Tablets wie selbstverständlich zum Unterricht dazugehören, stellt uns nun die künstliche Intelligenz vor neue Herausforderungen, und immer wieder taucht die Frage nach dem richtigen Umgang mit Smartphones im und während des Unterrichts auf.

Die kleinen digitalen Begleiter sind aus unserem Alltag kaum noch wegzudenken. Während wir früher zur spontanen Kontaktaufnahme, neben einem kabelgebundenen Telefon, darauf angewiesen waren, den Angerufenen zu Hause oder an seinem Arbeitsplatz anzutreffen – bis Anrufbeantworter wenigstens die Möglichkeit boten, um einen Rückruf zu bitten – leben wir heute im „Echtzeit-Modus“. Eine permanente Erreichbarkeit wird mit großer Selbstverständlichkeit erwartet und von den Allermeisten auch so gelebt.

Über die Schattenseiten dieser Entwicklung gibt es wohl keine zwei Meinungen. Dennoch ist der heutige Umgang mit Smartphones längst zur Normalität geworden – unsere Schülerinnen und Schüler kennen es kaum noch anders. Deshalb gleicht der Feldzug von Lehrkräften gegen die private Nutzung von Smartphones während des Unterrichts einem Kampf gegen Windmühlen.

Ende Juni waren in einer Ausgabe der Sendung „Campus und Karriere“ im Deutschlandfunk, die sich der eingangs gestellten Frage widmete, zwei zwölf- und dreizehnjährige Realschülerinnen zu Gast. Diese beeindruckten mit einer äußerst reflektierten und differenzierten Meinung zur Frage der Nutzung von Smartphones im Unterricht. Mit ihren Ansichten repräsentieren sie aber sicher nicht die Gesamtheit der Schülerinnen und Schüler. Die meisten wollen permanent „auf Empfang“ sein, um bloß keine wichtige Nachricht zu verpassen und sofort reagieren zu können. Dass daraus ein gigantisches Ablenkungspotenzial resultiert, liegt auf der Hand.

Gerade deshalb ist es so wichtig, dass die Bildungspolitik sich hinter die Lehrkräfte stellt und ihnen den Rücken stärkt. Deshalb fordert der VLW unseren neuen Bildungsminister auf, die private Nutzung digitaler Endgeräte während des Unterrichts zu untersagen. Dass Smartphones und Tablets bei zielgerichteter Nutzung in einem modernen Unterricht auch von großem Nutzen sein können, bestreitet niemand. Deshalb spricht sich der VLW gegen ein generelles „Handyverbot“ an Berufsbildenden Schulen aus.

Wir brauchen aber einen vom Gesetzgeber vorgegebenen Rahmen für die Nutzung digitaler Endgeräte an Schulen, innerhalb dessen schulinterne Regelungen getroffen werden können. Momentan herrscht bei vielen Lehrkräften eine große Unsicherheit vor, welche Maßnahmen sie ergreifen dürfen, um den privaten Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht zu unterbinden. Eine landesweite Regelung würde den Schulen Rückhalt und Rechtssicherheit bieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im neuen Schuljahr werden uns Diskussionen wie diese begleiten. Dass die Entwicklung – insbesondere die der künstlichen Intelligenz – weiter voranschreiten wird, steht außer Zweifel. Der VLW wird diese Entwicklung weiter kritisch und konstruktiv begleiten, damit auch die Interessen der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen in die Entscheidungen der Bildungspolitik einfließen.

Für das neue Schuljahr wünsche ich Ihnen viel Freude und Erfolg bei Ihrer wertvollen Arbeit.

Ihr
Dirk Mettler

STANDPUNKT:

BRAUCHEN WIR EIN LANDESWEITES HANDYVERBOT AN SCHULEN?

JA BITTE!

Karl-Heinz Fuß

Das tägliche Katz- und Maus-Spiel an unseren Schulen kostet Kraft und wertvolle Unterrichtszeit. Immer wieder versuchen Schülerinnen und Schüler die Lehrkraft auszutricksen. Sie behaupten, kein Handy dabei zu haben, oder sie geben ein Zweitgerät in die Handy-Garage. Die Zahl der Toilettengänge ist gegenüber früheren Jahren massiv angestiegen. Dort werden Nachrichten gecheckt und geschrieben. Es kann nicht sein, dass das Land die Lösung des Problems den Schulen überlässt. Es gibt bislang nur wenig Möglichkeiten, die unerlaubte Handy-Nutzung zu sanktionieren. Pädagogisch wirksame Maßnahmen benötigen ab einer bestimmten Stufe einen Klassenkonferenz-Beschluss oder gar die Einberufung der Gesamtkonferenz. Dieser Aufwand wird meist gescheut. Schülerinnen und Schülern ist hingegen oft nicht klar, oder sie behaupten es zumindest, dass die private Nutzung von Handys im Unterricht untersagt ist. Dies löst, immer wieder aufs Neue, Diskussionen und eine aggressive Stimmung aus, die das gemeinsame Lernen stören. Wir benötigen dringend eine klare gesetzliche Regelung, welche die private Nutzung von Handys im Unterricht untersagt, so dass es jeder kapiert. Auch die Eltern, die teilweise sogar versuchen ihre Kinder während des Unterrichts telefonisch zu erreichen. Die Lehrkräfte benötigen Rechtssicherheit, wenn sie einem Schüler oder einer Schülerin das Handy abnehmen. Bei Weigerung, das Handy abzugeben, muss die Lehrkraft den Schüler oder die Schülerin des Klassensaals verweisen können, in Extremfällen auch mit polizeilicher Unterstützung.

NEIN DANKE!

Stefanie Tischer

Ja, das Gedaddel im Unterricht kann nerven, das gebe ich zu. Die Lösung sehe ich allerdings nicht in einem landesweiten Handyverbot an allen Schulen. Was an Grundschulen sinnvoll erscheint, passt keinesfalls zu unseren berufsbildenden Schulen. Vielmehr sehe ich es als unsere Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien beizubringen. Es hört ja bei den Handys nicht auf, sondern betrifft am Ende alle elektronischen Endgeräte, wie Smartwatches, Tablets etc. An unseren BBSn stehen die Schülerinnen und Schüler an der Schwelle zum Berufsleben. Viele absolvieren schulbegleitende Praktika oder sind bereits als Azubis im Beruf. Dort sind die meisten Arbeitsbereiche digitalisiert, eine Entwicklung, die sich durch künstliche Intelligenz weiter beschleunigen wird. Die BBS ist für viele Schülerinnen und Schüler die letzte schulische Instanz, an der wir ihnen einen reflektierten Umgang mit digitalen Medien beibringen können. Offen über Gefahren, wie Cyber-Mobbing, Fake News und suchtauslösende Algorithmen zu sprechen ist besser als ein Verbot, das, mangels Akzeptanz, bei jeder Gelegenheit umgangen wird. Nicht ein Verbot, sondern der kompetente Umgang mit digitalen Medien ist es, was wir anstreben sollten. Dazu müssen wir alle ins Boot holen, d.h. auch die Eltern und die Schülervertretung. Wir brauchen einen gemeinsamen Vertrag zur reflektierten und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien. Damit bereiten wir unsere Schülerinnen und Schüler auf das (Berufs)Leben vor. Ein Verbot hingegen würde dies behindern.

PERSONALRATSWAHLEN:

VLW UND VLBS
MIT STARKEM ERGEBNIS BEI DEN PERSONALRATSWAHLEN 2025

Die Personalratswahlen 2025 sind abgeschlossen – ein besonderer Wahlgang, der durch die erstmalige Kooperation zwischen dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) und dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) geprägt war. Gemeinsam konnten wir als Liste 2 – VLBS & VLW – ein gutes Ergebnis erzielen.

Im Hauptpersonalrat (HPR) wie auch im Bezirkspersonalrat (BPR) konnten wir unsere Positionen nicht nur verteidigen, sondern mit ca. 73 % im HPR und 72 % im BPR ein starkes Zeichen für die Geschlossenheit und Kompetenz unserer gemeinsamen Liste setzen. Insgesamt entfielen sieben von neun Sitzen auf unsere Liste – ein eindrucksvoller Beweis für das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen in unsere Arbeit.

Der VLW freut sich besonders darüber, jeweils zwei Sitze in den Stufenvertretungen für sich gewonnen zu haben und somit maßgeblich zur Fortsetzung einer engagierten und kompetenten Interessenvertretung der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen beizutragen.

Den VLW vertreten künftig

... im Bezirkspersonalrat BBS:
Andreas Seehaus und Stefanie Tischer

... im Hauptpersonalrat BBS:
Dirk Mettler und Christian Flory

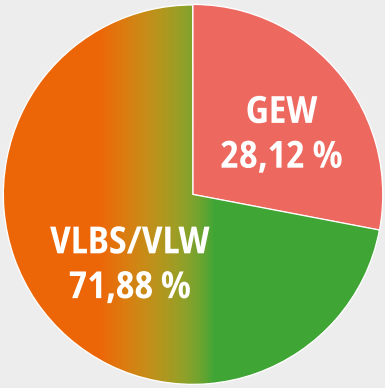
Wir gratulieren unseren gewählten Vertreterinnen und Vertretern herzlich und wünschen ihnen viel Erfolg, Durchsetzungskraft und das nötige Fingerspitzengefühl in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe.

Der VLW sieht in der Zusammenarbeit mit dem vlbs ein zukunftsweisendes Modell für eine starke und einheitliche Interessenvertretung im Bereich der beruflichen Bildung. Die Wahl 2025 war hierfür ein erster großer Meilenstein – weitere werden folgen.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern für das entgegengebrachte Vertrauen. Der VLW bleibt eine starke Stimme für die Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen – engagiert, konstruktiv und kollegial!

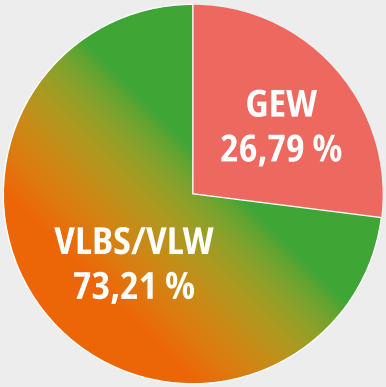
AMTLICHES ENDERGEBNIS DER WAHL ZUM BPR

Landesergebnis 2025



AMTLICHES ENDERGEBNIS DER WAHL ZUM HPR

Landesergebnis 2025



Andreas Seehaus, BBS Landau

Stefanie Tischer, BBS LES Neuwied

Dirk Mettler, BBS LES Neuwied

Christian Flory, BBS SÜW Bad Bergzabern

Fotos: Ministerium für Bildung, Rheinland-Pfalz

Von rechts nach links: Dirk Mettler, Bildungsminister Sven Teuber, MdL, Harry Wunschel, Mareike Schumacher, Andreas Hoffmann, Markus Penner, Karl-Heinz Fuß

EHER SCHULALLTAG ALS SCHUL-SHOW

VLW UND VLBS ZUM KENNENLERNGESPRÄCH BEI BILDUNGSMINISTER SVEN TEUBER

Verband der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen (VLW)
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

VLW Rheinland-Pfalz e. V. · Hildchen 7 · 56077 Koblenz

Herrn
Staatsminister Sven Teuber
Ministerium für Bildung
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Landesvorsitzender
Dirk Mettler
Hildchen 7
56077 Koblenz
Telefon: 0261 20069015

Koblenz, 26. Mai 2025

Sehr geehrter Herr Minister Teuber,

im Namen unseres Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen gratuliere ich Ihnen sehr herzlich zu Ihrer Ernennung zum Bildungsminister des Landes Rheinland-Pfalz und wünsche Ihnen für dieses verantwortungsvolle Amt viel Erfolg, Freude und eine glückliche Hand.

Im vergangenen Jahr haben wir im VLW unser 75-jähriges Jubiläum gefeiert. Seitdem setzen wir uns kontinuierlich für die Belange der kaufmännischen Bildung, der öffentlichen berufsbildenden Schulen und der dort tätigen Kolleginnen und Kollegen ein. Wir freuen uns darauf, mit Ihnen die gute Zusammenarbeit fortzusetzen, die wir bereits mit Ihren Amtsvorgängerinnen erfolgreich pflegen konnten. Wir bedanken uns ausdrücklich für die Einladung zum Kennenlerngespräch am kommenden Dienstag, die wir sehr gerne annehmen. Persönlich konnte ich Sie bereits an unserem Tag der kaufmännischen Schule in Trier kennenlernen. Sie waren damals unserer Einladung gefolgt, was wir als Ausdruck Ihrer Wertschätzung verstanden haben.

Die aktuelle bildungspolitische Situation stellt uns vor eine Reihe an Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen. Daraus leiten wir die folgenden zentralen Positionen ab, die ich Ihnen hier kurz in konzentrierter Form darlegen möchte. Gerne stehen wir für vertiefende Gespräche zu den einzelnen Themen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

VLW Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. – Geschäftsstelle: Holzhausenstr. 27 – 55411 Bingen
Tel. 06721 187143 – E-Mail: post@vlw-rlp.de – web: www.vlw-rlp.de

Vergleicht man die Bildungslandschaft in Rheinland-Pfalz mit einem Garten, ergeben sich anschauliche Bilder. Zwischen schön blühenden Blumen und früchtetragenden Gewächsen gibt es Bereiche, welche dem Gärtner Sorge bereiten. Teilweise gedeihen Jungpflanzen nicht wie gewünscht, Wildwuchs breitet sich aus, und da sind Bereiche, die auf Neugestaltung warten. Für den Aufbau und die Pflege eines schönen und gesunden Gartens benötigen wir, ähnlich unserem Bildungssystem, die erforderlichen Zutaten: Qualifiziertes Personal, geeignete Werkzeuge und genügend finanzielle Mittel für all das, was die Pflanzen so brauchen.

Direkt zu Beginn seiner Amtszeit lud unser neuer Bildungsminister Sven Teuber zum ersten Kennenlernen in sein Büro ein. Zum Auftakt betonte er seine hohe Wertschätzung für die berufliche Bildung und insbesondere die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Sein persönliches Ziel sei es, die Bildungsgerechtigkeit zu verbessern, weshalb bereits früh angesetzt werden solle – etwa mit der beschlossenen Sprachstandserhebung für Vierjährige, aber auch weiteren Maßnahmen in der Grundschule. An der Schnittstelle zu den weiterführenden Schulen gehe es darum, die Eltern davon zu überzeugen, dass der Weg über das Gymnasium nicht der einzig mögliche sei. Innerhalb der Schulen solle mehr Team-Orientierung unter den Akteuren ermöglicht werden. Durch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land Hessen soll darüber hinaus eine eigene webbasierte Schulverwaltungslösung eingeführt werden, mit der auch die Übergänge zwischen den

Schularten verbessert werden. Kombiniert mit weiteren Anstrengungen zur Berufsorientierung solle damit die Zahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher reduziert werden.

Harry Wunschel (vlbs) bestätigte die Bedeutung der berufsbildenden Schulen als wichtige Institution zur Reduzierung des Fachkräftemangels. Er kritisierte deshalb die niedrige Zahl an Planstellen, die für das kommende Schuljahr an BBSn vorgesehen sind. „Wir können es uns jetzt nicht leisten, gute Bewerberinnen und Bewerber abzuweisen, die dann in den kommenden Jahren fehlen werden“, machte er deutlich. Der auf uns zukommende Bedarf lasse sich schon jetzt an den Schülerzahlen der abgebenden Schulen erkennen.

In diesem Zusammenhang wies **Mareike Schumacher (vlbs)** auch auf die Problematik der zahlreichen Überstunden hin, die viele Kolleginnen und Kollegen aufgrund des anhaltenden Personalmangels bereits seit Jahren vor sich herschieben. Dieses Thema finde in der aktuellen Personalplanung bislang keine Berücksichtigung – hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

Dirk Mettler (VLW) betonte ebenfalls die Bedeutung der beruflichen Bildung als gleichwertige Säule neben der akademischen Bildung zur beruflichen Qualifizierung. Deshalb solle die Gewinnung von Nachwuchslehrkräften an den BBSn in den Mittelpunkt rücken. Dazu müsse die Attraktivität des Lehrberufs gestärkt werden. Insbesondere sei darauf zu achten, dass mit Bewerberinnen und Bewerbern entgegenkommend und verbindlich umgegangen wird. Diese würden oft viel zu lange mit Aussicht auf eine Stelle hingehalten, während sie vom Nachbarland Hessen mit der „goldenen Schubkarre“ abgeholt würden.

Teuber entgegnete, dass Rheinland-Pfalz bildungspolitisch gut aufgestellt sei und derzeit mit rund 44.000 so viele Lehrkräfte wie noch nie habe. Die Bewerberzahlen für den Vorbereitungsdienst an Realschulen plus würden sich zudem explosionsartig nach oben entwickeln, was sicherlich nicht nur, aber auch an der aktuellen Kampagne zur Lehrkräftegewinnung liege.

Andreas Hoffmann (vlbs) hält aus Sicht des Bezirkspersonalrats die aktuell restriktive Planstellenvergabe an BBSn für den falschen Weg. Er zeigte zudem die Fairness-Lücke auf, von der unsere Fachpraxis-Lehrkräfte betroffen sind. Mit großem Engagement übernehmen sie immer wieder auch Aufgaben im Theorie-Unterricht, obwohl ihre Ausbildung auf die Vermittlung praktischer Inhalte ausgelegt ist und der Theorie-Unterricht über die ursprünglich vorgesehene Qualifikation hinausgeht - ohne dass sich dies in einer entsprechenden Bezahlung widerspiegelt.

Des Weiteren wies er auf mangelnde zeitliche Ressourcen bei unseren Schulleitungen hin. Die vor Jahren in Aussicht gestellte zweite Erhöhung der Schulleitungspauschale hat es bislang nicht gegeben, während zwischenzeitlich die Aufgaben erheblich zugenommen haben. Hier müsse dringend nachgebessert werden.

Karl-Heinz Fuß (VLW) ergänzte, dass sich aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen auch die Schulen vielen neuen Herausforderungen stellen müssten. Zur Unterstützung der Lehrkräfte werde deshalb dringend zusätzliches Personal für Schulsozialarbeit, Verwaltung und IT-Betreuung benötigt.

Teuber äußerte Verständnis für die vorgebrachten Forderungen und erklärte, insbesondere die multiprofessionelle Zusammenarbeit an Schulen stärken zu wollen. Zunächst müsse er sich aber einen Überblick verschaffen, um dann gezielt die Bereiche zu versorgen, bei denen der Mangel am größten sei. Eine Verteilung der Mittel nach dem Gießkannenprinzip werde es mit ihm nicht geben, um damit wieder auf das Bild des Gartens zurückzukommen. Er könne sich eine Kampagne für die duale Ausbildung vorstellen und sicherte auch zu, sich die Personalplanungszahlen für BBSn nochmals anzuschauen, um gegebenenfalls im kommenden Jahr nachzusteuern. Mit der Anregung, eine berufsbildende Schule zu besuchen, stoße Harry Wunschel bei ihm offene Türen auf. So sei die erste von ihm besuchte Schule im Amt des Staatsministers die BBS EHS in Trier gewesen. Aber auch weiterhin wolle er berufsbildende Schulen besuchen, nicht unangekündigt, aber durchaus auch spontan, wobei er eher Schulalltag als Schul-Show sehen wolle.

Die Vertreter von VLW und vlbs bedankten sich für das offene Kennenlerngespräch und die Gelegenheit zum Austausch der Positionen. Auch wenn diese Positionen nicht alle deckungsgleich sind, so verfolgen wir doch alle dasselbe Ziel, nämlich dass unser Garten Früchte trägt.

In diesem Sinne wünschen wir Sven Teuber eine glückliche Hand und freuen uns auf das weitere Zusammenwirken.

Karl-Heinz Fuß

***Sven Teuber,** geboren am 30. Oktober 1982 in Nordhorn, studierte Germanistik und Politikwissenschaft für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Trier. Er war Vertretungslehrer am Humboldt-Gymnasium Trier (2011–2012) und absolvierte seinen Vorbereitungsdienst in Kaiserslautern (2012–2014). Anschließend war er Studienrat am Siebenpfeiffer-Gymnasium Kusel (2014–2016). Seit 2016 ist er Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtags. Dort war er sozialpolitischer Sprecher (2016–2021) und bildungspolitischer Sprecher (2021–2025) der SPD-Fraktion. Seit Mai 2025 ist Sven Teuber Bildungsminister des Landes Rheinland-Pfalz.*

ÜBERGANGSYSTEM IN DER DISKUSSION – KMK LEGT GUTACHTEN FÜR DEN ERFOLGREICHEN ÜBERGANG IN DIE BERUFLICHE AUSBILDUNG VOR

Die Kultusministerkonferenz (Die Schulministerinnen und -minister der Bundesländer) unterhält die „Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK). Diese soll für eine wissenschaftliche Begleitung und Vorbereitung der Beschlüsse der KMK und damit der Bildungspolitik in Deutschland sorgen. Die SWK hat im April ein Gutachten für das sogenannte „Übergangssystem" vorgelegt:

„Kompetenzen für den erfolgreichen Übergang von der Sekundarstufe I in die berufliche Ausbildung sichern".

An den Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz wurden im Schuljahr 2022/23 ca. 106.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, davon ca. 22.000 im BVJ und der Berufsfachschule bzw. Höheren Berufsfachschule. Die SWK stellt dazu fest, was die Kolleginnen und Kollegen aus ihrer Erfahrung heraus seit längerer Zeit beklagen: Die fachlichen und überfachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in der Sek. I haben in den letzten Jahren deutlich abgenommen. „Erschreckend ist dabei vor allem die große Zahl an Schülerinnen und Schülern, die die Mindeststandards in Deutsch und Mathematik verfehlen, weil ihnen damit die Teilhabe an Bildung, Arbeitswelt und Gesellschaft erschwert oder gar unmöglich gemacht wird" (KMK, Aktuelles vom 8.4.2025). Das Gutachten arbeitet heraus, welche fachlichen und überfachlichen Kompetenzen am Ende der Sek. I erreicht sein müssen, um jungen Menschen den erfolgreichen Übergang in die berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Die BBS – und damit die unterrichtenden Lehrkräfte – beklagen zu Recht, dass diese Kompetenzen beim Eintritt in unser System nicht oder nur unzureichend vorhanden sind. Andererseits erwarten die „Abnehmer" (Ausbildungsbetriebe), dass die Schulabgänger spätestens beim Verlassen unseres Systems diese Kompetenzen mitbringen:

„Der Aufgabe, eine Übergangszeit zwischen Ende der allgemeinbildenden Schule und Beginn einer Berufsausbildung mit sinnvoller Weiterqualifizierung zu überbrücken, wird dieses System bundesweit nicht in ausreichendem Maße gerecht. Zu wenigen Absolventinnen und Absolventen des Systems gelingt danach ein Übergang in eine ungeförderte Berufsausbildung", so der Landesausschuss für Berufsbildung RLP, Perspektive Duale Ausbildung in Rheinland-Pfalz, Januar 2012(!).

Das Übergangssystem an unseren BBS muss sich also ständig rechtfertigen, erwartet doch die Wirtschaft, qualifizierte Arbeitskräfte schon aus den allgemeinbildenden Schulen zu bekommen; die Daseinsberechtigung der BBS besteht allenfalls darin, die notwendigen Qualifikationen in ein bis zwei Schuljahren sozusagen „nachzuarbeiten".

Auf 216 Seiten arbeitet die SWK u.a. folgende Empfehlungen heraus:

- klare Definition der unverzichtbaren funktionalen Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I und damit verbunden die Ausarbeitung der dafür notwendigen Voraussetzungen beispielsweise in Form basaler Kompetenzen;
- Verankerung der unverzichtbaren funktionalen Kompetenzen und ihrer Voraussetzungen in Lehrplänen, Lernstandserhebungen und zentralen Abschlussprüfungen;

Illustration: AdobeStock

- regelmäßiges Erfassen der basalen und funktionalen Kompetenzstände der Schülerinnen und Schüler (mindestens alle zwei Jahre);
- Implementierung hochwertiger Angebote der beruflichen Orientierung und von Professionalisierungsangeboten in den drei Phasen der Lehrkräftebildung;
- Stärkung der basalen und funktionalen Kompetenzen, insbesondere in den Fächern Deutsch, Mathematik, im Übergangssektor verbunden mit einem Mentoring und einer Begleitung in die Ausbildung hinein.

Für die unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen ist dieses Gutachten von hoher Relevanz. Eine der Autorinnen des Gutachtens, Frau Prof. Dr. Susan Seeber von der Georg-August-Universität Göttingen, war deshalb im Mai auf der Sitzung des Bundeshauptvorstands des BVLB, unseres Dachverbandes, zu Gast und erläuterte die wesentlichen Aussagen und Vorschläge, die in folgenden „adressatenspezifischen Empfehlungen an die Lehrkräfte“ münden:

- *Konzentrieren Sie die Unterrichtsentwicklung auf die basalen und unverzichtbaren funktionalen Kompetenzen, auch mit Blick auf Lernstrategien.*
- *Richten Sie die Lerngelegenheiten an authentischen Anforderungen der Berufswelt und gesellschaftlicher Teilhabe aus. Orientieren Sie die Lerngegenstände an den realen Anforderungen der Berufswelt.*
- *Fördern Sie leistungsschwache Schüler:innen unterrichtsintegriert und mit additiven Förderangeboten.*
- *Entwickeln Sie das Übergangsmanagement und die Angebote im Übergangssektor strukturell weiter, inklusive eines individuellen und ggf. ausbildungsbegleitenden Mentorings.*

Gutachten „Kompetenzen für den erfolgreichen Übergang von der Sekundarstufe I in die berufliche Ausbildung sichern“ zum Download: https://swk-bildung.org/content/uploads/2025/03/SWK_2025_Gutachten-Sekundarstufe-I.pdf
Zusammenfassung des Gutachtens „Kompetenzen für den erfolgreichen Übergang von der Sekundarstufe I in die berufliche Ausbildung sichern“ zum Download: https://swk-bildung.org/content/uploads/2025/03/SWK_2025_Gutachten-Sekundarstufe-I_Zusammenfassung.pdf

KOMMENTAR VON MICHAEL LUTZ

Das Übergangssystem soll die fehlenden Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in ein oder zwei Jahren an die Erwartungen des betrieblichen Ausbildungssystems anpassen, also das erreichen, was das System der Sek. I nicht geschafft hat. Um das klarzustellen: Gewiss ist das nicht die Schuld der Kolleginnen und Kollegen an den allgemeinbildenden Schulen. Wir alle beklagen unzureichende Kompetenzen, vor allem in den Fächern Deutsch und Mathematik. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Zu viel der (Lern-)Zeit wird an den Bildschirmen verbracht, gesellschaftliche Fehlentwicklungen verstärken den Trend seit Jahren. Andererseits müssen sich die Berufsbildenden Schulen ständig für die hohen Kosten des Übergangssystems rechtfertigen, ohne dass die geforderten Erfolge erreicht werden. Die adressatenspezifischen Empfehlungen der SWK richten sich zwar in erster Linie an das allgemeinbildende Schulsystem in der Sek. I, sind aber auch für den Unterricht z. B. an den (Höheren) Berufsfachschulen oder dem BVJ von hoher Relevanz.

Schaffen wir es an den Berufsbildenden Schulen, die notwendigen Kompetenzen für den Übergang in das duale System zu vermitteln und an die Schülerinnen und Schüler weiterzugeben, erfüllen wir die an uns gerichteten Erwartungen. Damit dies geschieht, müssen dafür aber die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Und so enden wir wieder mit dem Mantra der Forderungen an die Ministerien, die von einer verbesserten Lehrkräfteausbildung über eine verbesserte sachliche und personelle Ausstattung unserer Schulen bis zur Erarbeitung neuer und adäquater Lehr- und Lernkonzepte reichen.

Nur den schwarzen Peter von der Sek. I an die Sek. II weiterzugeben, wird der komplexen gesellschaftlichen Aufgabe nicht gerecht. Wir werden es uns nicht leisten können, noch länger eine große Zahl junger Menschen – angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels – unzureichend oder gar nicht ausgebildet in einen ungewissen Arbeitsmarkt zu entlassen. Das größte Kapital unserer Wirtschaft sind die hochqualifizierten Arbeitskräfte – die gesellschaftlichen Kosten von Arbeitslosigkeit oder fehlender Fachkräfte können wir uns nicht leisten.

Unser Verband wird sich weiterhin dieser Entwicklung annehmen müssen, um die notwendigen Veränderungsprozesse zu begleiten, nicht zuletzt im Interesse der unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen.

INITIATIVE FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT GIBT AUCH EMPFEHLUNGEN FÜR DEN BILDUNGSBEREICH

„Mit diesem Zwischenbericht möchten wir vier Autoren dazu beitragen, Blockaden und Selbstblockaden staatlichen Handelns aufzulösen. Im Sommer 2024 haben wir die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ gegründet.“

Illustration: AdobeStock

So beginnen die Autoren Thomas de Maiziere (ehemaliger Landes- und Bundesminister), Peer Steinbrück (ehemaliger Bundesfinanzminister und Ministerpräsident), Andreas Voßkuhle (ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts) sowie ihre Kollegin Julia Jäkel (Managerin und Verlegerin) den Zwischenbericht ihrer „Initiative für einen handlungsfähigen Staat".

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten wurde der Zwischenbericht anlässlich der Bundestagswahl 2025 veröffentlicht. Die Verfasser wollen nicht einzelne Sachfragen analysieren, sondern sich auf die „Gelingensbedingungen" von Reformen und die Strukturen, die dazu vorhanden sein müssen, konzentrieren.

Für acht Politikbereiche werden Vorschläge vorgestellt, darunter auch für den Bereich Bildung. Einleitend wird festgestellt, dass das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich abschneide und in Basisfächern zu oft noch nicht einmal die Mindeststandards erreicht würden. Auch hingen die Bildungserfolge in zu starkem Maße von der Herkunft der Schülerinnen und Schüler ab. Drei Empfehlungen werden gegeben:

1. Die Zuständigkeiten für Bildung in Bund, Ländern und Kommunen sollen eindeutig geordnet werden.
2. Es soll – zur Stärkung der Bildung und der Schulen – ein Nationaler Bildungsrat gegründet werden.
3. Die Schulen sollen ein größeres Maß an Selbstbestimmung erhalten.

Julia Jäkel und ihre Mitstreiter (mit ihnen noch zahlreiche Wissenschaftler) betonen abschließend, dass die Empfehlungen (auch aus den anderen Bereichen) sich gegenseitig verstärken und so zu einem Gesamtkonzept für einen handlungsfähigeren Staat werden, das „große Kraft entfalten kann".

https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Initiative_f%C3%BCr_einen_handlungsf%C3%A4higen_Staat/20250311_Zwischenbericht_interaktiv.pdf

KOMMENTAR VON MICHAEL LUTZ

Der Bundeshauptvorstand unseres Dachverbandes BVLB tagt zweimal im Jahr. Einen großen Teil der Beratungen nehmen die Berichte aus den 16 Bundesländern ein, u.a. natürlich auch der Bericht aus Rheinland-Pfalz. Man bekommt viele Einblicke in den schwierigen Prozess, bei der beruflichen Bildung einerseits die Vielfalt der Länder und unterschiedlicher politischer Vorstellungen zu wahren und andererseits ein notwendiges Maß der Harmonisierung und einheitlicher Bildungschancen in ganz Deutschland zu schaffen.

Das hierzu geschaffene Gremium ist die Kultusministerkonferenz – eine große und schwerfällige Maschinerie im Gesetzgebungs- und Verordnungsprozess. Es gibt nicht nur fachliche Schwierigkeiten, auch regionale Rücksichten müssen genommen werden, nicht zuletzt verlangsamen (bildungs-)politische Richtungskämpfe die notwendigen Entscheidungsfindungen.

Die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat" unternimmt eine Gesamtbetrachtung der gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge und zeigt auch für den Bildungsbereich Möglichkeiten auf, aus Erstarrungen auszubrechen. Für den Bildungsbereich ergeben sich dabei folgende Fragen:

- Eine Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen berührt Besitzstandsfragen, rüttelt an den Fundamenten des Föderalismus und der Finanzierung des Bildungsbereiches.
- Wird der „Nationale Bildungsrat zu einer „KMK 2.0", und wie weit wird sein Einfluss auf die Umsetzung seiner Vorschläge gehen?
- Sind die Ministerialbürokratien in den Ländern wirklich willens, Teile ihrer Kompetenzen an die Schulen abzugeben (und wollen das die Schulen überhaupt)?

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Vorschläge der Initiative umgehend zu prüfen; wir sollten die weitere Entwicklung im Bildungsbereich konstruktiv begleiten. In unserer hoch entwickelten Wirtschaft sind wir auf gut ausgebildete und zukunftsfähige Arbeitskräfte angewiesen. Unsere Ansprüche an gute, zeitgemäße berufliche Bildung und deren Finanzierung bilden große Aufgaben für diese und die nachfolgende Generation. Unser Bundesverband ist in diese Diskussionen eingebunden – Berufsbildner und Berufsbildnerinnen sollten ihre Erfahrungen und Vorstellungen in diesen Prozess einbringen!

Auch der VLW ist bei Demonstrationen des dbb präsent

ÖFFENTLICHER DIENST DER LÄNDER: NEUE TARIFRUNDE STEHT BEVOR

Manch einer mag sich wundern, dass schon wieder eine neue Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder ansteht – haben wir doch erst im zurückliegenden Februar eine Gehaltserhöhung bekommen.

Diese wurde bereits am 9. Dezember 2023 vereinbart. Zunächst mussten wir uns mit einer Nullrunde begnügen. Erst ein knappes Jahr danach, zum 1. November 2024 erfolgte die erste tabellenwirksame Erhöhung um zweihundert Euro und schließlich im Februar 2025 die lange ersehnten 5,5 Prozent. So lange mussten wir auf die Anpassung warten, obwohl die Preise für die Lebenshaltungskosten bereits davongeeilt waren. Die steuerfrei ausbezahlte Inflationsabmilderungsprämie von insgesamt 3.000 Euro im Zeitraum von Dezember 2023 bis Oktober 2024 hat sicherlich geholfen, die Zeit des Wartens zu kompensieren.

Zu bedenken ist allerdings, dass diese Prämie nicht nachhaltig tabellenwirksam war. Für den höheren Dienst ergab sich gegenüber der Zeit zuvor somit ca. neun Prozent Gehaltssteigerung, verteilt auf 25 Monate. Schaut man sich an, wie sich der Verbraucherpreisindex entwickelt hat, nämlich von 100 im Jahr 2020 auf 119,3 im Jahr 2024 [1)], so wird der Verlust an Realeinkommen deutlich. Der Veränderung von 100 auf 119,3 steht lediglich eine Anpassung von 100 auf 117,02 gegenüber (siehe Tabelle auf Seite 19).

Obwohl offensichtlich ein Nachholbedarf besteht, sind schwierige Verhandlungen für die bevorstehende Tarifrunde zu befürchten. Bei einer relativ stabilen Inflationsrate von aktuell etwa 2 % gegenüber dem Vorjahresmonat und den notorisch leeren Kassen der Länder, müssen wir, d. h. die dbb tarifunion als unser Verhandlungsführer, deutlich machen, dass es darum geht, Rückstände aufzuholen, die sich in den zurückliegenden Jahren aufgebaut haben. Mehr noch gilt es, das Vertrauen in den öffentlichen Dienst als zuverlässigen Arbeitgeber zu-

Basisindex 2020 = 100					
1. Januar 2020	+ 3,12 %	103,12			
1. Januar 2021		+1,29 %	104,45		
1. Oktober 2021	Nullrunde				
1. Dezember 2022			+2,8 %	107,37	
1. Dezember 2023	Steuerfreie Inflationsabmilderungsprämie 3.000 Euro				
1. November 2024	Plus 200 €; entspricht bei 6.000 € brutto ca. 3,3 %			+ 3,3 %	110,92
1. Februar 2025					+ 5,5 %	117,02

Entwicklung der Beamtengehälter nach Übertragung des TV-L seit dem Jahr 2020 (eigene Berechnung ohne Gewähr auf Richtigkeit)

rückzugewinnen. Denn trotz der aktuellen Rezessionsneigung unserer Wirtschaft leidet der öffentliche Dienst unter Personalmangel, und es wird immer schwieriger, junge Leute zur Aufnahme eines Lehramtsstudiums zu bewegen. In der Folge sind wir auf Quer- und Seiteneinsteiger angewiesen und stehen somit in direkter Konkurrenz zu den Arbeitgebern der Privatwirtschaft.

Im April dieses Jahres haben sich die Tarifparteien im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) nach einer Schlichtungsrunde auf einen Abschluss geeinigt, der eine Signalwirkung für die im kommenden Herbst anstehenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder und damit auch für uns Lehrkräfte haben dürfte.

Tarifeinigung Öffentlicher Dienst Bund und Kommunen (TVöD) vom 6. April 2025 nach Schlichtung:

Bei einer Laufzeit von 27 Monaten, rückwirkend zum 1. Januar 2025, steigen die Einkommen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen in zwei Schritten um insgesamt 5,8 %. Im ersten Schritt gab es ab 1. April 2025 eine lineare Erhöhung von 3 %, mindestens 110 €, der zweite Schritt folgt ab 1. Mai 2026 mit einer weiteren linearen Erhöhung in Höhe von 2,8 %.

Mit Blick auf die von dbb tarifunion und verdi ursprünglich geforderten 8 % bei 12 Monaten Laufzeit stellt sich das Ergebnis eher dürftig dar. Allerdings enthält der Abschluss im TVöD weitere Komponenten, wie die Verdoppelung der Schicht- und Wechselschichtzulagen und die Erhöhung der Jahressonderzahlung (13. Monatsgehalt). Zudem erhalten die Beschäftigten ab dem Jahr 2027 einen weiteren Urlaubstag.

Mit Blick auf die im Herbst anstehenden Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) wirft das Ergebnis aus Perspektive der über eine Million Lehrkräfte zudem einige Fragen auf. Denn wie können die zusätzlichen Errungenschaften, die über die lineare Besoldungserhöhung hinausgehen, für Lehrkräfte wirksam werden? Ein weiterer Urlaubstag ist mit den Ferien ohnehin abgegolten. Ein 13. Monatsgehalt gibt es bei uns schon lange nicht mehr. Und von der Erhöhung der Schichtzulage, den Polizistinnen und Polizisten sei sie gegönnt, profitieren wir Lehrkräfte ebenso wenig.

Es ist zu befürchten, dass diese Zusatzleistungen auch in den Tarifvertrag der Länder (TV-L) einfließen, ohne dass es für Lehrkräfte einen adäquaten Ausgleich gibt. Damit würde der Beruf der Lehrkraft gegenüber anderen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst abgewertet und weiter an Attraktivität verlieren. Davor warnt der VLW ausdrücklich. Die Interessen der Lehrkräfte für die anstehende Tarifrunde brauchen deshalb eine schlagkräftige Vertretung. Gemeinsam mit unseren dbb-Partnerverbänden im Bereich Bildung (vlbs, Philologenverband, VRB und VBE) haben wir im dbb eine starke Stimme und werden eine angemessene Besoldungsanpassung fordern.

Dazu braucht der dbb unsere Unterstützung, insbesondere bei den Demonstrationsveranstaltungen und ähnlichen Aktionen. Wir müssen auf die Straße, damit die Arbeitgeber-Vertreter unsere Forderungen ernst nehmen. Und dazu brauchen wir jeden einzelnen. Bitte achten Sie deshalb auf unsere Ankündigungen und seien Sie dabei! In der Regel finden die Veranstaltungen vor den Verhandlungstagen statt, die im Zeitraum November 2025 bis März 2026 zu erwarten sind.

Karl-Heinz Fuß

[1)] *Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025, Stand: 01.07.2025*

KI & CO.

REVOLUTION ODER RISIKO?

VLW-TAG DER KAUFMÄNNISCHEN SCHULE IN ALZEY

Es gibt wohl kaum eine Entwicklung in den zurückliegenden Jahrzehnten, die den Unterricht in kurzer Zeit so sehr beeinflusst hat, wie der rasante Fortschritt bei den Anwendungen künstlicher Intelligenz.

In guter Tradition veranstaltete der VLW Rheinland-Pfalz am 26. Juni seinen alle zwei Jahre stattfindenden VLW-Tag. Der Einladung folgten neben zahlreichen BBS-Kolleginnen und -Kollegen auch Vertreterinnen und Vertreter aus dem Ministerium sowie vom befreundeten dbb-Partnerverband vlbs. Zudem waren auch VLW-Ehrenmitglieder unter den interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Der Landesvorsitzende Dirk Mettler sorgte zunächst für Verwirrung mit seiner Begrüßungsrede. „Ich bin froh, dass Sie nicht länger applaudiert haben," sagte er zum erstaunten Publikum. Dann verriet er, dass seine gesamte Rede von KI verfasst worden war. Er betonte, dass die KI zwar

bequem ist, aber die Gefahr droht, dass kreative Leistungen verdrängt werden. KI dürfe nie mehr als ein Werkzeug sein, das Denken und Nachdenken müsse den Menschen vorbehalten bleiben. In diesem Sinne wünschte er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine interessante Veranstaltung. Die angeregten Gespräche in den Pausen und das Feedback am Ende der Veranstaltung lassen darauf schließen, dass dieser Wunsch in Erfüllung ging.

Dirk Mettler dankte den Referenten für die Keynote und die Workshops und auch den Vertretern der Schulbuchverlage und der dbb-Vorteilswelt, die alle zusammen dazu beigetragen haben, dass auch dieser VLW-Tag ein Erfolg war und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben wird. Das VLW-Team hofft, dass das wichtige Thema rund um die KI im Unterricht noch mehr Aufmerksamkeit bekommt und unsere Schulen die notwendige Unterstützung bekommen, um die bevorstehende Transformation im Unterricht zu bewältigen.

Welche Rolle KI bereits im Alltag eingenommen hat, demonstriert Landesvorsitzender Dirk Mettler eindrucksvoll in seiner Begrüßungsrede

Florian Nuxoll ist Lehrer für Englisch und Gemeinschaftskunde an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen. Außerdem ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Tübingen und entwickelt dort intelligente Tutorsysteme für das Fach Englisch mit.

KEYNOTE

VOM DIGITALEN ZAUBERSTAB ZUR PANDORA-BOX?
KI IM UNTERRICHT

Als „pragmatischer Enthusiast mit einer ausgeprägten Skepsis" beleuchtete Florian Nuxoll mit kritischem Blick und fundiertem Wissen, wie KI das Bildungssystem verändern könnte.

Nuxoll spannte dabei einen Bogen von der Computer-Euphorie der 1980er Jahre bis zur heutigen Diskussion um ChatGPT und andere KI-Systeme. Er zeigte auf, dass frühere Digitalisierungsversuche oft an mangelnder Ausstattung, unklaren Zuständigkeiten und fehlender Entlastung der Lehrkräfte scheiterten. KI, so seine These, könnte hier neue Wege öffnen – allerdings nur, wenn sie sinnvoll und gezielt eingesetzt wird.

Besonders eindrucksvoll war die Diskussion um den Sinn des Lernens: Anders als im Berufsleben, wo vorrangig das Ergebnis zählt, steht im Fokus des Lernens der Prozess, der losgelöst von konkreten Situationen zu sinnvollen Ergebnissen führen kann. KI kann diesen Lernprozess unterstützen – etwa durch individuelles Feedback, differenzierte Übungen oder durch die Rolle als digitaler Tutor. Gleichzeitig warnte Nuxoll vor einem unkritischen Einsatz: „Wer nichts weiß, muss alles glauben", zitierte er Marie von Ebner-Eschenbach, und forderte mehr Metakognition bei Lernenden.

Der Vortrag endete mit der klaren Botschaft: KI wird nicht vorbeigehen. Lehrkräfte, Schüler und Bildungspolitik müssen sich jetzt mit ihren Möglichkeiten und Grenzen auseinandersetzen. Nur so kann eine intelligente und gerechte Bildung der Zukunft gestaltet werden.

Blick in Tagungsraum und Restaurant

FLORIAN NUXOLL:

MISINFORMATION, DESINFORMATION, SOZIALE MEDIEN

WELCHE AUSWIRKUNGEN HABEN ALGORITHMEN AUF DIE NACHRICHTEN- UND INFORMATIONSKOMPETENZ BEI JUGENDLICHEN?

Die Präsentation von Florian Nuxoll steht hier zum Download bereit

Wie beeinflusst das Internet die Mediennutzung von Jugendlichen? Lesen diese überhaupt noch Zeitung, schauen sie noch die Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, hören sie noch Radiosendungen?

WORKSHOP 1

Studien kommen dabei auf ernüchternde Ergebnisse, denn überwiegend greifen unsere Kinder und Jugendlichen auf das Internet zu, um aktuelle Nachrichten zu erhalten. Oftmals werden dazu die sozialen Medien, wie TikTok und Instagram, genutzt. Es ist deshalb besonders wichtig, unseren Schülerinnen und Schülern klarzumachen, dass hinter den Angeboten im Internet meist ein Geschäftsmodell steckt. Mittels Algorithmen bekommen Nutzer die Nachrichten und Inhalte zugespielt, die sie sehen, hören oder lesen wollen. Gleichzeitig können die sozialen Medien propagandistische und manipulative Inhalte transportieren. Medienkompetenz bedeutet deshalb, dass unsere Jugendlichen lernen, Inhalte auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Welche Interessen stehen hinter bestimmten Nachrichten? Welche Quellen werden aufgeführt? Wie können diese überprüft werden? All dies sollte mit Schülerinnen und Schülern geübt werden.

Florian Nuxoll erläuterte diese Herausforderungen aus Sicht seiner eigenen Erfahrungen, sowohl als Lehrer aber auch als Familienvater und gab auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Beobachtungen zu schildern. Schließlich wurde deutlich, dass unsere Schulen eine verantwortungsvolle Rolle bei der Vermittlung von Medienkompetenz einnehmen müssen, um unsere Jugendlichen auf ihrem Weg zu mündigen Staatsbürgerinnen und -bürgern zu begleiten.

PROFESSOR JOSEF LEISEN:

SPRACHSENSIBLER FACHUNTERRICHT MIT KI – WIDER DIE BEQUEMLICHKEIT

Josef Leisen, OStD a. D., ist Professor für Fachdidaktik Physik an der Universität in Mainz. Vor seiner Pensionierung leitete er das Studienseminar Gymnasien in Koblenz.

Lernen erfordert Zeit und Anstrengung, daran wird auch die künstliche Intelligenz nichts ändern. Die KI bietet uns zwar jede Menge Informationen und kann bis zu einem gewissen Grad Aufgaben für uns lösen, das Lernen kann sie jedoch nicht ersetzen. Erst durch Lernen bauen wir nachhaltig Wissen auf, das als Basis für unsere Kompe-

Nach Workshop 1 übergibt Landesvorsitzender Dirk Mettler (rechts) Florian Nuxoll ein Dankeschön-Präsent

tenzen erforderlich ist. Aber die KI kann uns beim Lernen unterstützen. Wie dies gelingt, führte Professor Leisen anhand einer Reihe anschaulicher Beispiele für den berufsbezogenen Unterricht vor. Auszubildende können Verkaufsgespräche einüben, denn die KI kann Partner für ein Gespräch zwischen Verkäufer und Kunde sein und dabei auch die Rollen tauschen. Komplexe und schwer zu verstehende Sachverhalte kann die KI in einfacherer Sprache darstellen. Dies ist insbesondere auch für zugewanderte Auszubildende wertvoll, die nicht mit der deutschen Sprache aufgewachsen sind. Die KI kann auch eine Seite aus dem Lehrbuch erklären, indem man diese abfotografiert, ins

WORKSHOP 2

KI-Programm hochlädt und den passenden Prompt eingibt. Hinweise und Tipps dazu hatte Professor Leisen parat, sodass die Workshop-Teilnehmer eine solche Aufgabe mit ihren eigenen Endgeräten am Beispiel der Maslowschen Bedürfnispyramide ausführen konnten. Zum Schluss versorgte Leisen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einer Vielzahl nützlicher Downloads von seiner Website. Es lohnt sich sicherlich, dafür Zeit zu investieren, denn man kann eine Menge zum Einsatz von KI für den Unterricht lernen.

Der Vortrag von Professor Josef Leisen steht hier zum Download bereit

NORBERT SCHRÖDER:
KI IM UNTERRICHT ENTDECKEN UND NUTZEN – AUF DIE PROMPTS KOMMT ES AN

WORKSHOP 3

Sage der KI, was du willst und was du nicht willst. Dieser Leitsatz umfasst, was Diplom-Pädagoge Norbert Schröder den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in seinem Workshop an zahlreichen Beispielen deutlich machte.

Ist dir der Schreibstil zu technisch oder zu distanziert? Dann verlange von der KI einen natürlichen Stil. Ist der gelieferte Text zu kompliziert? Dann fordere die KI dazu auf, ihn zu vereinfachen. Hast du eine bestimmte Zielgruppe im Blick? Dann sage es der KI. Dies sind nur einige Beispiele von vielen, die Schröder den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die Gestaltung von Texten an die Hand gab. Darüber hinaus gab er wertvolle und anschauliche Tipps für Prompts zur Erledigung weiterer schulischer Aufgaben, wie zur Unterrichtsplanung und Materialerstellung, die Simulation von Situationen wie das Führen von Verkaufsgesprächen. Und er zeigte auf, wie bei heterogener Schülerschaft individuelle Förderung und Differenzierung mit KI funktionieren kann. Die KI kann aber auch Feedback geben, Korrekturen vornehmen und Verbesserungsvorschläge machen. Zudem hilft sie bei organisatorischen und administrativen Aufgaben.

In der zweiten Workshop-Runde „Praktische Anwendung von KI im Unterricht – In Nullkommanix zum Arbeitsblatt und Erstellung eines Kahoots durch KI“ zeigte Schröder exemplarisch, wie man mit Unterstützung der KI aus einem YouTube-Video ein Arbeitsblatt erstellt und wie ein kostenloses Kahoot gestaltet werden kann. Was zunächst kompliziert aussah, erklärte er Schritt für Schritt, so dass die Entstehung exakt für den eigenen Unterricht nutzbarer Anwendungen anschaulich nachverfolgt werden konnte.

Für all seine Tipps bietet Schröder anschauliche und konkrete Materialien auf seiner Website https://www.padatucation.de

KLAUSURTAGUNG:

VLW-KLAUSURTAGUNG 2025 – ZUKUNFT GESTALTEN, HERAUSFORDERUNGEN ANNEHMEN

Die Mitglieder des Landesvorstands beim abendlichen Ausklang in Höhr-Grenzhausen

Am 13. und 14. Juni 2025 traf sich der Landesvorstand des VLW zur jährlichen Klausurtagung im Hotel Silicium in Höhr-Grenzhausen. In intensiven Sitzungen wurden über die zentralen Themen des Verbandes beraten, Weichen für die Zukunft gestellt und wichtige Entscheidungen getroffen.

Im Mittelpunkt standen dabei die Auswertung der Personalratswahlen 2025 sowie die weiteren Schritte im angestrebten Verschmelzungsprozess mit dem VLBS. Die Ergebnisse der Wahlen machten deutlich, dass wir uns in Zukunft verstärkt den Bedürfnissen junger Lehrkräfte widmen müssen, aber auch die Quer- und Seiteneinsteiger ansprechen müssen.

Ein zentrales Thema war auch die angestrebte Fusion mit dem vlbs. Die Gespräche verlaufen konstruktiv und freundschaftlich, wenngleich einige Detailfragen noch geklärt werden müssen. Klar ist: Ziel bleibt ein starker gemeinsamer Berufsverband für die berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz.

Darüber hinaus wurden organisatorische Themen rund um Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und interne Abläufe besprochen. Der Vorstand stellte die Arbeitsteilung neu auf, um die Aufgaben effizienter zu bewältigen.

Ein besonderer Moment war die Verabschiedung von Karl-Heinz Fuß aus dem Landesvorstand. Mit großem Dank für sein langjähriges Engagement wurde er in den verdienten „Verbandsruhestand“ verabschiedet.

Mit klarem Blick auf die kommenden Aufgaben, gestärktem Teamgeist und vielen neuen Ideen geht der VLW-Landesvorstand aus dieser Klausurtagung hervor. Die kommenden Monate werden entscheidend für die weitere Entwicklung unseres Verbandes – gemeinsam gestalten wir Zukunft.

Mario Passannante

ERFOLGREICHE ONLINE-SCHULUNG FÜR NEUE ÖPR-MITGLIEDER: STARKER AUFTAKT FÜR DIE PERSONALRATSARBEIT

Am 19. und 20. Mai 2025 fanden die Online-Schulungen „Neu im ÖPR – Was erwartet mich?“ statt, die sich gezielt an neue Mitglieder der örtlichen Personalräte (ÖPR) richtete. Unter der Leitung erfahrener Referentinnen und Referenten wie Stefanie Tischer und Dirk Mettler sowie weiterer Mitglieder des Landesvorstandes bot die Veranstaltung einen fundierten Einstieg in die Rechte, Pflichten und Gestaltungsmöglichkeiten der Personalratsarbeit an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden zunächst durch ein kompetentes Referententeam begrüßt und in den Ablauf der Schulung eingeführt. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Vermittlung zentraler Inhalte des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG), das die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Personalvertretungen bildet.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den „Regeln der Zusammenarbeit“ zwischen Schulleitung und ÖPR. Hierbei wurde insbesondere auf das Gebot der vertrauensvollen Kooperation, regelmäßige Besprechungen sowie die Pflicht zur Gleichberechtigung und Friedenswahrung eingegangen. Das komplexe Zusammenspiel dieser Grundsätze verdeutlicht die verantwortungsvolle Rolle, die dem ÖPR in schulischen Entscheidungsprozessen zukommt.

Detailliert wurde auch der große Aufgabenbereich des ÖPR erläutert: von Mitbestimmung bei Einstellungen und Beförderungen über Mitwirkung bei Kündigungen bis hin zur Einflussnahme auf Unterrichtsplanung, Personalversammlungen und Arbeitsschutz. Selbst Themen wie der Einsatz von Lehrkräften, die Beteiligung bei Umbaumaßnahmen oder die Berufung von Datenschutz- und Gleichstellungsbeauftragten wurden behandelt.

Abgerundet wurde die Schulung durch praktische Hinweise zur Sitzungsorganisation sowie zur gesetzlichen Freistellung der ÖPR-Mitglieder für ihre Tätigkeit. Nicht zuletzt wurden kommende Schulungstermine für September (VLW) und Juni (vlbs) angekündigt, mit dem Ziel, die neuen ÖPR-Mitglieder weiter stärken und unterstützen zu können.

Die positive Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigte: Die Veranstaltung war nicht nur informativ, sondern auch motivierend – ein gelungener Auftakt für ein engagiertes Wirken in der Personalvertretung.

Mario Passannante

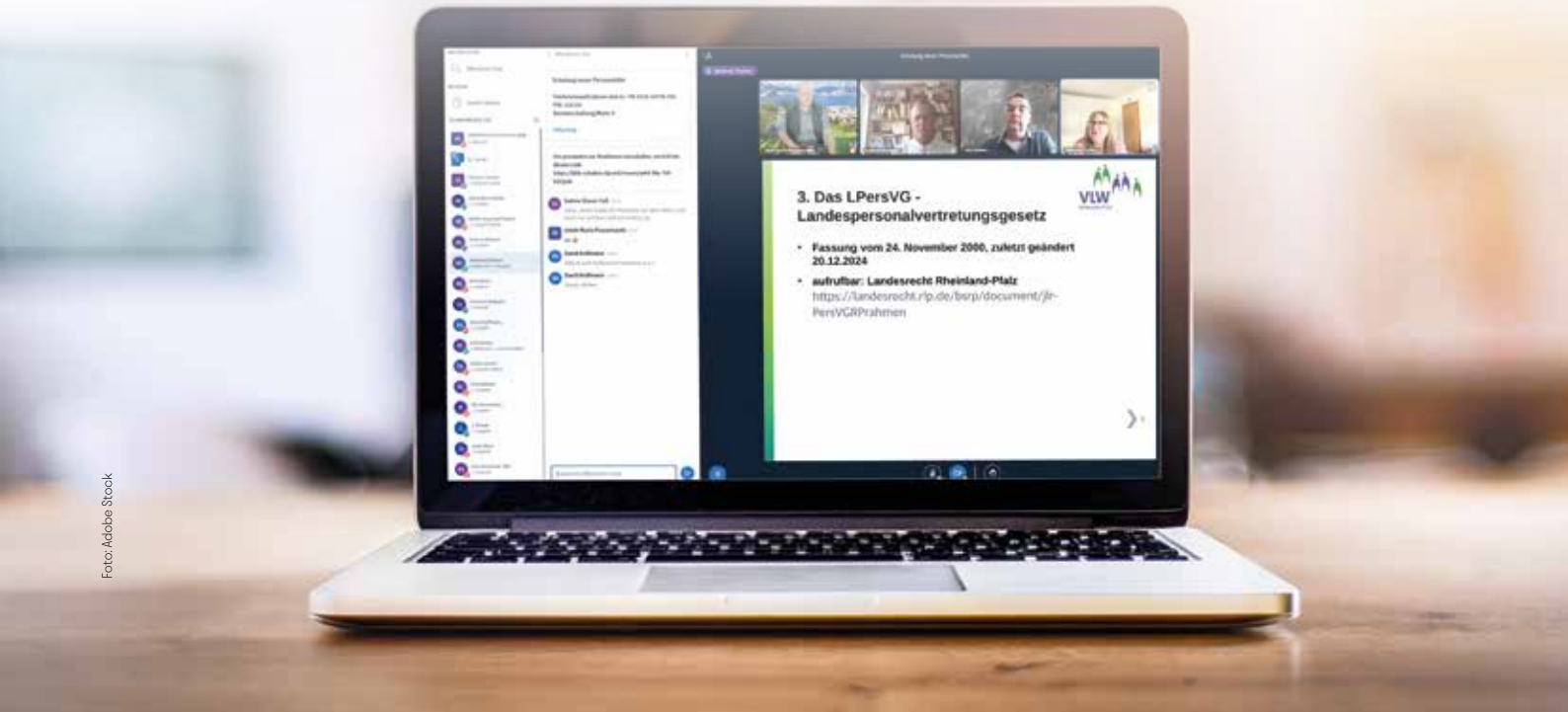


Foto: Adobe Stock

BEZIRK RHEINHESSEN

DR. SIGRID LÜDECKE-PLÜMER IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

Jutta Macher (rechts) verabschiedete Dr. Sigrid Lüdecke-Plümer in den wohlverdienten Ruhestand

Zum Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand würdigte die stellvertretende Bezirksvorsitzende, Jutta Macher, die besonderen Verdienste der Kollegin Dr. Sigrid Lüdecke-Plümer für den VLW.

Von 2000 bis 2010, also ein Jahrzehnt, war sie beim VLW-Bundesverband aktiv. Als Schriftführerin an der Seite des damaligen Bundesvorsitzenden Manfred Weichhold begleitete sie die im Jahr 2002 in Karlsruhe erfolgte Gründung der VLW-Stiftung „Wirtschaft und Erziehung". In den Folgejahren engagierte sie sich tatkräftig bei den bundesweiten Aktivitäten der Stiftung, die sich vor allem um Projekte zur Unterstützung beruflicher Ausbildung kümmerte und jährlich einen Wirtschaftspreis auslobte. In den Jahren danach gehörte Dr. Sigrid Lüdecke-Plümer in ihrem Ortsverband an der Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz zu denjenigen, die die Fahne des VLW hochhielten. Und auch bei überörtlichen VLW-Veranstaltungen war sie ein regelmäßiger und gern gesehener Gast und eine willkommene Gesprächspartnerin.

Für ihren Ruhestand, den sie zusammen mit ihrem Ehemann mit einer größeren langersehnten Reise beginnen möchte, wünscht ihr der Bezirksvorstand viele schöne Jahre in guter Gesundheit.

Karl-Heinz Fuß

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann • www.karikaturist.de

Auflage
1.500 Stück

Druck
SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/11151-2303-3610

BEZIRK KOBLENZ

EINBLICK IN DIE WELT DES GELDES: FORTBILDUNG IN DER BUNDESBANK-FILIALE KOBLENZ

Im März fand in der Deutschen Bundesbank Filiale Koblenz eine spannende und vielseitige Fortbildung für Mitglieder des VLW statt. Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Entwicklungen im Geld- und Währungswesen kennenzulernen und wertvolle Impulse für den wirtschaftskundlichen Unterricht zu gewinnen.

Bereits am Morgen wurden die Teilnehmenden herzlich im Tagungsraum empfangen. Den Auftakt bildete eine praxisnahe Schulung unter dem Titel „Echt oder Falsch?“, in der Expertinnen und Experten der Bundesbank anschaulich vermittelten, wie Falschgeld erkannt werden kann. Der direkte Bezug zur Praxis sowie die Gelegenheit, echtes Falschgeld selbst in die Hand zu nehmen, machten diesen Programmpunkt zu einem besonderen Highlight des Tages.

Nach einer gemeinsamen Mittagspause, die Raum für Austausch und Vernetzung bot, folgte ein informativer Vortrag von Michael Schiff. Unter dem Titel „Trends im unbaren Zahlungsverkehr“ stellte er aktuelle Entwicklungen wie Mobile Payment, den digitalen Euro sowie Kryptowährungen wie Bitcoin vor. Die anschließende Diskussion zeigte, wie stark diese Themen bereits Einzug in die Lebenswelt junger Menschen gefunden haben – und damit auch im Unterricht immer bedeutsamer werden.

Am Nachmittag referierte Martin Condé über „Die Geldpolitik des Eurosystems“. Der fundierte und verständlich aufbereitete Vortrag gewährte einen tiefen Einblick in die geldpolitischen Instrumente der Europäischen Zentralbank und regte zur vertieften Auseinandersetzung an.

Das große Interesse der Teilnehmenden unterstrich die Relevanz der Themen rund um Geld, Digitalwährungen und Wirtschaftspolitik im schulischen Kontext. Der VLW-Bezirk Koblenz dankt dem Team der Bundesbank herzlich für die Einladung und die ausgezeichnete Zusammenarbeit – ein gelungener Fortbildungstag mit nachhaltigem Mehrwert für die Unterrichtspraxis.

Stefanie Tischer

VLW-Mitglieder bei der Falschgeldschulung.

Pascal Quinten (links) dankt Michael Schiff von der Bundesbank für die Schulung.

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT:

- **DIE FORTLAUFENDE SCHULUNG DER MEDIENKOMPETENZ DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER.** EIN FERNHALTEN VON DIGITALEN MEDIEN LEHNT DER VLW AB, DA DIGITALE KOMPETENZEN INZWISCHEN IN NAHEZU JEDEM BERUF ERFORDERLICH SIND.
- **EIN GRUNDSÄTZLICHES VERBOT DER PRIVATEN NUTZUNG VON DIGITALEN ENDGERÄTEN WÄHREND DES UNTERRICHTS,** WEGEN DER OHNEHIN HOHEN BILDSCHIRMZEITEN UND DER ABLENKUNG DURCH INHALTE, DIE FÜR DAS LERNEN UND FÜR DEN UNTERRICHT NICHT FÖRDERLICH SIND.
- **EINEN GESETZLICHEN RAHMEN FÜR DIE NUTZUNG DIGITALER ENDGERÄTE AN SCHULEN.** DIESER BIETET DIE BASIS FÜR EINE SCHULINTERNE REGELUNG, DIE ENTWEDER DURCH DIE HAUSORDNUNG ODER EINE NUTZUNGSORDNUNG ERFOLGEN KANN. EINE SOLCHE LANDESWEITE REGELUNG SOLL DEN SCHULEN RÜCKHALT BEI DER DURCHSETZUNG DES VERBOTES DER PRIVATEN NUTZUNG VON DIGITALEN ENDGERÄTEN IM UNTERRICHT BIETEN.

JETZT MITGLIED WERDEN!

VLW-RLP.DE

VLW_RLP